

## Antrag

**der Abgeordneten Sauter (Epfendorf), Bayha, Carstensen (Nordstrand), Günther, Herkenrath, Kalb, Kroll-Schlüter, Michels, Freiherr von Schorlemer, Susset, Brunner, Haschke (Großhennersdorf), Holz, Hornung, Dr. Schroeder (Freiburg), Magin, Müller (Wadern), Kalisch, Höpfinger, Dr. Becker (Frankfurt), Dr. Stark (Nürtingen), Dr. Uelhoff, Dr. Göhner, Dr. Götz, Frau Adler, Müller (Schweinfurt), Koltzsch, Oostergetelo, Pfuhl, Wimmer (Neuötting), Dr. Botz, Dr. Osswald, Bredehorn, Paintner, Frau Folz-Steinacker, Dr. Zirkler**

### Lage der Welternährung, Weltlandwirtschaft, Weltforstwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- Die Bundesregierung möge im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Bekämpfung des Hungers und der Armut in der Dritten Welt forcieren.
- Die Nahrungsmittelhilfe sollte auf Katastrophen beschränkt bleiben.
- Die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen sollte verstärkt unterstützt werden, da ihre Arbeit in vielen Fällen effizienter ist als regierungsamtliche Maßnahmen.
- Die Probleme der Menschen in den ländlichen Regionen, in denen Hunger und Armut herrschen, müssen in erster Linie angegangen werden.
- Nicht nur eine regionale Verbesserung der Agrarproduktion, sondern auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse im ländlichen Raum ist anzustreben.
- Der ständig steigenden Landflucht in den armen Regionen muß entgegengewirkt werden.
- Auf die entwicklungspolitische Unterstützung, die konsequente Konzentration auf Landwirtschaft und Handwerk in den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer ist hinzuwirken.
- Die Bundesregierung muß mehr zur Unterstützung der Bevölkerungswissenschaften beitragen.
- Die bisher gezeigten positiven Ansätze für die erfolgreiche Bekämpfung von Hunger und Not durch die Förderung von Kleinbauern und Handwerkern müssen fortgeführt werden.

Die Förderung dieser Gruppen ist weiter zu intensivieren. Neue Techniken zur Erleichterung der Feldarbeit und zur Ertragssteigerung müssen behutsam, dem Bildungsstand der Landwirte entsprechend, eingeführt werden.

- Eine Steigerung des Düngemittleinsatzes, eine vorsichtige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln muß sichergestellt werden.
- Die Bundesregierung soll mitwirken, in den entsprechenden Gebieten das Brennholzdefizit abzubauen bzw. das Holz zu substituieren.
- Die gerechte Verteilung von Grund und Boden ist unverzichtbar.
- Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung weiter auf, Strategien für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen zu entwickeln und umzusetzen.
- Sie soll ferner die FAO zur Bildung einer internationalen Konvention zur Erhaltung der Wälder auffordern. Die Bundesregierung muß daran mitarbeiten, den Landwirten überzeugende Alternativen zu bieten.

Bonn, den 24. Oktober 1990

**Sauter (Epfendorf)**

**Bayha**

**Carstensen (Nordstrand)**

**Günther**

**Herkenrath**

**Kalb**

**Kroll-Schlüter**

**Michels**

**Freiherr von Schorlemer**

**Susset**

**Brunner**

**Haschke (Großhenndorf)**

**Holz**

**Hornung**

**Dr. Schroeder (Freiburg)**

**Magin**

**Müller (Wadern)**

**Kalisch**

**Höpfinger**

**Dr. Becker (Frankfurt)**

**Dr. Stark (Nürtingen)**

**Dr. Uelhoff**

**Dr. Göhner**

**Dr. Götz**

**Frau Adler**

**Müller (Schweinfurt)**

**Koltzsch**

**Oostergetelo**

**Pfuhl**

**Wimmer (Neuötting)**

**Dr. Botz**

**Dr. Osswald**

**Bredelhorn**

**Paintner**

**Frau Folz-Steinacker**

**Dr. Zirkler**

### **Begründung**

Die weltweite Bekämpfung des Hungers und der Armut in der Dritten Welt stellt uns vor fast unlösbare Probleme. Die Ursachen sind hinlänglich bekannt. Das ständige Wachstum der Bevölkerung, welches alle Prognosen übertrifft, verschärft die verheerende Lage der Menschen in den ärmsten Regionen. Bewaffnete Auseinandersetzungen in einzelnen Ländern und autoritäre Regime verhindern sinnvolle Maßnahmen und verstärken die Not und das Elend.

Die Nahrungsmittelhilfe sollte nach Auffassung der Antragsteller auf Katastrophen beschränkt bleiben. Dabei zeigt sich, daß vielfach eine völlig unzulängliche Logistik die Hilfsmaßnahmen außerordentlich erschwert.

Einhellig sind die Antragsteller der Ansicht, daß künftig die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) verstärkt unterstützt werden sollte. Ihre Arbeit ist in den meisten Fällen effizienter als regierungsamtliche Maßnahmen.

Die Antragsteller sind sich einig darüber, daß die Bekämpfung von Hunger und Armut nur dann erfolgversprechend ist, wenn die Probleme der Menschen in den ländlichen Regionen angegangen werden. Was not tut, ist nicht nur eine regionale Verbesserung der Agrarproduktion, sondern eine Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse im ländlichen Raum.

Sehr intensiv setzten sich die antragstellenden Abgeordneten mit der sich ständig verschärfenden Landflucht auseinander. Dieses Phänomen führt in allen Entwicklungsländern zu unlösbaren Problemen in den Agglomerationen, in denen sich die sozialen Spannungen verschärfen. Aus den ländlichen Regionen wandern junge und begabte Leute ab, weil sie sich in den Städten bessere Zukunftschancen versprechen. Bei einem zu erwartenden Bevölkerungswachstum von über sechs Milliarden bis zum Jahr 2000 wird die Zahl der Städte mit über fünf Millionen in der Dritten Welt verdreifacht.

Unabdingbar ist bei der gesamtwirtschaftlichen Planung und bei der entwicklungspolitischen Unterstützung die konsequente Konzentration auf Landwirtschaft und Handwerk in den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer. Die Antragsteller unterstützen nachdrücklich diese Position.

Wer sich mit den Problemen der Welternährung auseinandersetzt, stößt zwangsläufig auf die Frage, ob angesichts der rasant ansteigenden Weltbevölkerung überhaupt erfolgversprechende Ansätze möglich sind. In einer ausführlichen Diskussion über den Weltbevölkerungsbericht 1990 der UN waren sich die Antragsteller über die dramatische Entwicklung klar.

Die Geburtenzahl ist in vielen Ländern, insbesondere in ganz armen Regionen, immer noch abhängig von der unzureichenden oder gar nicht vorhandenen Altersversorgung, vom niederen Lebensstandard und offensichtlich auch vom Bildungsniveau. Die dramatische Entwicklung kann – so die Meinung von Fachleuten – nicht mit Brachialgewalt durchbrochen werden. Vielfach spielen stammeskulturelle Traditionen eine wichtige Rolle.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften dürfen sich nach Meinung der Antragsteller einer Überprüfung ihrer Position in diesen existentiellen Fragen nicht länger entziehen.

Die stille Völkerwanderung von Afrika nach Europa hat – so haben viele Experten ermittelt – bereits begonnen. In Süditalien leben mehr als zwei Millionen illegale Einwanderer aus Afrika.

Die Frauen in den ländlichen Regionen der Dritten Welt tragen die volle Verantwortung nicht nur für die Familie, sondern mei-

stens auch für die Nahrungsproduktion. Sie zu entlasten, sie zu schonen und weiterzubilden ist eine zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik.

Die Ergebnisse der Agrarreform in der Dritten Welt sind deprimierend. Die FAO hatte bereits 1978 eine Weltkonferenz einberufen, um dieses Thema von äußerster Brisanz anzupacken. Die politischen und sozialen Strukturen im ländlichen Raum sind ausschlaggebend für die Armut in diesen Regionen. Zehn Jahre nach dieser ersten Konferenz über die Agrarreform sind so gut wie keine Fortschritte zu verzeichnen. Alle Versuche einer gerechteren und ausgewogeneren Verteilung von Grund und Boden sind entweder völlig gescheitert oder in den Anfängen steckengeblieben. Den Antragstellern ist klar, daß es sich hier um eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben handelt. Vorhandene Machtstrukturen müßten aufgebrochen werden. Die Geberländer sollten künftig bei Projekten und langfristigen Planungen überlegen, ob nicht Bedingungen hinsichtlich der Wandlung der überkommenen Eigentumsverhältnisse gestellt werden können. Die Antragsteller sind sich der Brisanz vollkommen bewußt. Auf der anderen Seite kann die FAO, können die Antragsteller hier nur Empfehlungen geben.

Die äußerst gespannte Ernährungslage in weiten Teilen Afrikas war mehrfach Gegenstand der Beratungen. Die aktuelle Not und Katastrophensituation im Sudan, in Äthiopien, in Eritrea und anderen Regionen beschäftigte die Antragsteller ständig. Bei sehr grundsätzlichen Diskussionen über die FAO-Studie „Weltlandwirtschaft 2000“ wurden vor allem die langfristigen Ernährungsprobleme in der Region südlich der Sahara erörtert. Außer Südafrika und den nordafrikanischen Mittelmeerländern ist der afrikanische Kontinent die Hauptproblemzone der Dritten Welt. Selbst bei optimistischer Einschätzung der Agrarproduktion wird diese nicht mit dem rasanten Bevölkerungswachstum von 3,3 Prozent jährlich schritthalten können. Andererseits haben sich die von der FAO entwickelten Frühwarnsysteme gut bewährt, so daß die Nahrungsmittelhilfe für Katastrophengebiete rechtzeitig eingeleitet werden kann.

Trockenheit, Dürre, Armut und Brennholzdefizite führen zu Überweidung, Erosion und Wüstenwachstum mit verheerender Langzeitwirkung. Die Besitz- und Machtstrukturen, wie sie schon oben im Abschnitt über die Agrarreform beschrieben wurden, sind in diesen Regionen besonders einseitig ausgeprägt.

Positive Ansätze für die erfolgreiche Bekämpfung von Hunger und Not durch die Förderung von Kleinbauern und Handwerkern werden durch diese Macht- und Agrarstrukturen erschwert. Dennoch ist die Förderung dieser Gruppen nach wie vor das wichtigste Instrument, um einer weiteren Zuspitzung der schwierigen Lage zu begegnen. Dabei sollten neue Techniken zur Erleichterung der Feldarbeit und zur Ertragssteigerung behutsam, dem Bildungsstand der Landwirte entsprechend, eingeführt werden. Unverzichtbar ist eine Steigerung des Düngemiteleinsatzes, eine vorsichtige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Noch schwieriger ist es, in diesen Gebieten das Brennholzdefizit abzubauen

bzw. das Holz zu substituieren. Aber ohne Lösung dieses Problems geht die Erosion und Wüstenbildung weiter.

Der Umweltschutz – darüber herrschte Einvernehmen – wird zur Überlebensfrage auch gerade für die Dritte Welt. Dabei müssen die bereits angerichteten Schäden wiedergutmacht und andererseits Strategien für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen entwickelt und – was noch wichtiger ist – umgehend umgesetzt werden.

Die Antragsteller unterstützen die Initiativen der FAO zur Bildung einer internationalen Konvention zur Erhaltung der Wälder. Während man bisher von einem jährlichen Waldverlust von zehn bis zwölf Mio. ha ausging, liegt heute der jährliche Verlust bei 17 Mio. ha. Dies entspricht der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche des früheren Bundesgebietes.

Die Brandrodung und die Zunahme der Wüstenbildung sind eine unmittelbare Folge der Hungersituation in den betroffenen Regionen. Den Landwirten müssen überzeugende Alternativen angeboten werden, wie sie ihre Familien sinnvoll ernähren können. Die oben genannte Waldschutzkonvention wurde bereits beim Juli-Gipfel 1990 in Houston von den Regierungschefs des Weltwirtschaftsgipfels verabschiedet. Die Wiederaufforstung – das sollte gründlich bedacht und Konsequenzen daraus gezogen werden – ist, falls sie überhaupt erfolgt und gelingt, mindestens zehnmal teurer als die Erhaltung des Tropenwaldes.

Mit der Veränderung des Weltklimas und der Erhaltung des Tropenwaldes hat sich die entsprechende Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sehr intensiv beschäftigt. Wir als Agrarier haben vor allem die landwirtschaftlichen Aspekte untersucht, wobei festgestellt wurde, daß die Methangasbildung offenbar einen Beitrag zur Zerstörung der Ozonschicht leistet.

Die Überschüsse in den Industrieländern einerseits und die Hungersnöte in vielen Ländern der Dritten Welt andererseits sind für viele Menschen ein ständiges Ärgernis. Die Antragsteller sind sich darüber einig, daß sich die zum Teil gravierenden Preiseinbrüche in der EG nur über den Abbau der Überschüsse überwinden lassen. Die sogenannten Weltmarktpreise ruinieren nicht nur die Landwirte in der EG, sie sind auch in den anderen Agrarexportländern nicht zu verkraften, und sie nehmen den Landwirten in der Dritten Welt jeden Anreiz zur Steigerung ihrer Produktion. In Diskussionen und Hearings mit den Vertretern der Agrarexportländer (es sind außer der EG im wesentlichen die USA, Kanada, Neuseeland, Argentinien, Brasilien und Australien) bemühten sich die Antragsteller zu erklären, daß nur über eine Ordnung der Agrarmärkte dieses gewaltige Problem gelöst werden könnte. Die Verhandlungen im GATT tragen diesen Überlegungen in keiner Weise Rechnung.

Für den weiteren Ausbau der Fischzucht und der Aquakultur bestehen gute Chancen. Damit ließe sich der enorme Mangel an Eiweiß für die menschliche Ernährung teilweise beheben.

Die wahrhaft historischen Ereignisse in Europa dürfen uns den Blick nicht verstellen für die gewaltigen Probleme in den ärmsten

Ländern der Welt. Die Entwicklungen in diesen Regionen werden die Zukunft unseres Planeten bestimmen.

Die antragstellenden Abgeordneten sind der einhelligen Auffassung, die Bundesregierung aufzufordern, ihre bisherigen Bemühungen fortzusetzen, dem Hunger, der Armut und dem Mangel in der Dritten Welt entgegenzuwirken.



